

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 10. März 1985*

*\* Analyse de la votation fédérale du 10 mars 1985*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Primarschulbeiträge .....	58,5 %	41,5 %
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Gesundheitsbeiträge .....	53,0 %	47,0 %
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Ausbildungsbeiträge .....	47,6 %	52,4 %
Ferien-Initiative .....	34,7 %	65,3 %
Stimmbeteiligung 34,4 %		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. März 1985	
Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz .....	3
1 Stimmbeteiligung und Mobilisierung .....	3
2 Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen .....	8
2.1 Die Konfliktlinien - Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen bei den drei Teilvorlagen zur Aufgabenneuverteilung .....	9
2.2 Spontan genannte Entscheidungsmotive .....	12
2.3 Gewichtung wichtiger Argumente der Abstimmungskomitees zur «Stipendien»-Vorlage .....	15
3 Ferien-Initiative .....	16
3.1 Die Konfliktlinien - Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen .....	17
3.2 Spontan genannte Entscheidungsmotive .....	19
3.3 Gewichtung wichtiger Argumente der Abstimmungskomitees .....	22
4 Gewerkschaftsbewegung heute: Einige politische Orientierungen der Gewerkschaftsmitglieder .....	24
Zusammenfassung der Hauptergebnisse .....	27
*Récapitulation des résultats principaux .....	29

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate

	Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen			Ferien-Initiative (Ja in %)	Stimm-beteiligung (in %)
	Primarschul-beiträge (Ja in %)	Gesundheits-beiträge (Ja in %)	Ausbildungs-beiträge (Ja in %)		
CH .....	58.5	53.0	47.6	34.7	34.4
ZH .....	66.0	58.2	51.9	34.9	41.2
BE .....	60.2	56.1	48.8	32.1	29.0
LU .....	57.5	53.9	50.7	28.1	33.8
UR .....	44.7	40.3	38.7	30.4	35.0
SZ .....	52.6	49.6	42.6	24.1	31.0
OW .....	54.8	52.1	43.7	15.8	33.0
NW .....	61.7	57.8	52.2	20.6	32.6
GL .....	66.5	60.5	56.6	27.2	32.0
ZG .....	65.3	56.8	55.4	28.1	41.3
FR .....	47.6	44.5	38.8	35.3	38.3
SO .....	53.0	47.5	43.7	34.9	38.0
BS .....	61.5	51.8	47.7	40.2	35.2
BL .....	64.2	58.3	48.8	40.4	32.4
SH .....	61.8	54.3	52.5	34.4	66.1
AR .....	68.5	63.5	58.2	20.5	39.0
AI .....	60.5	59.4	50.8	10.9	34.0
SG .....	69.2	63.1	57.2	26.5	30.5
GR .....	58.6	56.5	45.7	25.4	30.0
AG .....	56.0	48.0	49.7	32.2	39.2
TG .....	62.5	57.3	53.4	24.2	37.2
TI .....	53.5	46.2	34.5	56.0	32.5
VD .....	54.0	51.1	49.3	40.5	23.0
VS .....	42.1	41.5	38.5	32.0	47.2
NE .....	47.9	42.8	43.5	45.5	31.0
GE .....	51.4	47.0	35.1	48.0	36.9
JU .....	22.4	21.7	18.5	58.9	32.6

# Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. März 1985

Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz

Zwei Themen mit unterschiedlicher Abstimmungsgeschichte standen am 10. März 1985 zur Debatte:

- Mit den drei Teilvorlagen zur *Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen* kam ein erstes Paket von Massnahmen zur Abstimmung, das aus der zu Beginn der 70er Jahre eingeleiteten staatspolitischen Reform stammt und in seiner Art ein Novum ist.
- Die *Ferien-Initiative* dagegen kann in einer längeren Tradition von Abstimmungen gesehen werden, mit denen die Linke versuchte, die Arbeitszeit auf plebiszitärem Wege zu senken.

Wir liessen uns bei der Nachanalyse der Abstimmungsgegenstände von den drei in unserer Forschungsreihe üblichen Grundfragen leiten: In welcher Weise verhielten sich die gesellschaftlichen Gruppen? Welches waren die für die Urnengänger bedeutsamen individuellen Entscheidungsmotive? Wie wurden die Argumente der verschiedenen Abstimmungskomitees durch die Stimmberechtigten und durch die Urnengänger beurteilt?

Daneben führten wir zwei Neuheiten in unsere Untersuchung ein: Vorerst wurde die Nützlichkeit eines neuen Analysekonzepts für das Verständnis der politischen Abstinenz getestet. Damit soll auch auf Befragungsbasis ein Schlüssel für die Beschreibung und Erklärung von Beteiligungsschwankungen gegeben werden. Mit der Ferien-Initiative behandelten wir erstmals ein Volksbegehren, das primär von den Gewerkschaften lanciert worden war. Deshalb fragten wir uns, wie es um die politische Orientierung der Mitglieder dieser gesellschaftspolitisch bedeutsamen Gruppierung steht.

## 1) Stimmbeteiligung und Mobilisierung

Am 10. März beteiligten sich 34.4% der stimmberechtigten Bürger und Bürgerinnen am Urnengang. Damit erreichte die Teilnahme ein auch für schweizerische Verhältnisse *tiefes Niveau*. Verglichen mit den Abstimmungen der laufenden Legislaturperiode handelt es sich um einen neuen Tiefststand.

Wie kann dieses Ergebnis gedeutet werden? Zwei Wege der Interpretation lassen sich unterscheiden:

- Einmal ist es – wie in den VOX-Analysen bisher üblich – möglich, unabhängig vom Abstimmungsgegenstand und seiner Geschichte die Teilnahme gemäss wichtigen Hintergrundmerkmalen der Stimmberechtigten zu beschreiben. Aus den Abweichungen vom schweizerischen Durchschnitt (vgl. *Tabelle 2*) lassen sich generelle Schlussfolgerungen über die regionale, gesellschaftliche und politische *Über- bzw. Unterpräsen-*

tation ableiten. Der vorliegende Fall bestätigt die Aussagen, welche regelmässig aus dieser Art der Analyse gewonnen werden können: *Die Partizipation ist hinsichtlich — des sozialen Status' (insbesondere der beruflichen Stellung und der Ausbildung), — des bewohnten Landesteils (vor allem der Sprachgrenze) und — der politischen Grundhaltungen (beispielsweise der Parteisympathie) selektiv.*

- Eher gering ist der Beitrag dieser Betrachtungsweise zur Erklärung der teilweise beträchtlichen *Beteiligungsschwankungen* nach Abstimmungsgegenständen. Ebenso lässt sich die Frage nicht direkt beantworten, welche Gesellschaftsgruppen bei einer tiefen bzw. hohen Partizipation bevorzugt sind. Um diesem Problem nachzugehen, haben wir unser Analysekonzept erstmals verfeinert und versucht, zwischen *strukturellen und aktuellen Ursachen der Teilnahme* zu differenzieren. Einmal können Stimmberechtigte unterschieden werden, welche aus generellem politischen Interesse oder aus Pflichtbewusstsein (von Einzelfällen abgesehen) regelmässig an eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen. Sodann gibt es eine Gruppe von Stimmberechtigten, welche sich von Fall zu Fall entscheidet, das heisst die Teilnahme von der Betroffenheit, der Meinungsbildung, dem erwarteten Resultat oder anderen momentanen Gründen abhängig macht. Diese Stimmberechtigten können als gelegentliche Urnengänger angesehen werden. — Da eine direkte Interview-Vorgabe zur Differenzierung dieser beiden Verhaltenstypen unpräzise ist, wurde mit einer numerischen Skala der Beteiligungshäufigkeit gearbeitet. Nimmt man zur Steigerung der Aussagegenauigkeit den Mittelwert der vier Befragungen, welche im letzten Jahr durchgeführt wurden, können *gegenwärtig (1984) 31% der Stimmberechtigten als regelmässige Urnengänger angesprochen werden. Die restlichen 69% sind – in einem unterschiedlich starken Masse – gelegentlich Teilnehmende.*

Welche weiteren Erkenntnisse können aus dieser Art der Analyse gewonnen werden (vgl. Tabelle 3)?

- Von der *strukturellen politischen Abstinenz* (Spalte 1) sind *nicht alle Gesellschaftsgruppen gleich betroffen*. Regelmässige Teilnahme ist bei den Männern leicht höher (35%) als bei den Frauen (27%) und steigt mit dem Alter (von 23% auf 42% innerhalb der verwendeten Kategorien) sowie der beruflichen Stellung (von 23% auf 39%) an. In der Westschweiz ist der Grad der gelegentlichen Beteiligung höher als im deutschsprachigen Landesteil. Gleiches lässt sich von den parteiungebundenen Stimmberechtigten im Vergleich zu den Parteisympathisanten sagen.
- Nimmt man die untersuchten Abstimmungen seit den letzten Nationalratswahlen als Ausgangsbasis (Spalten 2 bis 6), kann abgeleitet werden, dass sich *die Ungleichheiten bezüglich des Alters trendmässig einebnen, wenn die Partizipation hoch ist*. Es sind vor allem jüngere Generationen, die zu gelegentlicher Teilnahme neigen, das heisst ihren Gang zur Urne vom Gegenstand abhängig machen. Stimmberechtigte im Pensionsalter dagegen gehören verstärkt zu den regelmässigen Urnengängern oder beteiligen sich überhaupt nicht.
- Bei der *beruflichen Stellung* müssen *zwei Trends* getrennt betrachtet werden: Die Unterschiede zwischen Selbständigen, Landwirten sowie mittleren und leitenden Angestellten

Tabelle 2 Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen		Abweichung zur ermittelten durchschnittl. Stimmbeteiligung in Prozentpunkten (N = Befragte)
Geschlecht :	Männer		(+ 7)
	Frauen	(-7)	
Alter :	20-39jährige	(-9)	
	40-64jährige		(+ 5)
	65jährige und ältere		(+ 8)
Ausbildung :	Primarschule	(-11)	
	Sekundarschule u.ä.	(-1)	
	Berufsschule u.ä.	(-2)	
	Gymnasium/Universität		(+ 12)
Berufliche Stellung : (Haushaltsvorstand)	Selbständige, leit. Angestellte und Beamte		(+ 12)
	Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung		(+ 10)
	Angestellte in einfacher Stellung	(-11)	
	Landwirte		+ 12)
	Arbeiter	(-14)	
	Erwerbsgrad :	Voll erwerbstätig	
Teilweise erwerbstätig		(-8)	
Nicht erwerbstätig			(± 0)
Besitzverhältnisse :	Hauseigentümer		(+ 9)
	Mieter/Pächter	(-5)	
Siedlungsart :	Städtisches Milieu	(-2)	
	Ländliches Milieu		(+ 3)
Landesteil :	Deutsche Schweiz		(+ 3)
	Welsche Schweiz	(-8)	
Konfession :	Protestantisch	(-1)	
	Katholisch		(+ 4)
Parteisympathie :	FDP (inkl. LPS)		(+ 11)
	SVP		(+ 3)
	CVP		(+ 14)
	SPS		(+ 1)
	LDU/EVP	(-8)	
	(GPS)*	(-24)	
	(POCH/PDA)	(-4)	
	(NA/Vigil.)		(+ 19)
	Keine Parteisympathien	(-8)	
Gewerkschaft :	Mitglieder		(+ 5)
	Nicht-Mitglieder	(-2)	
Stimmbeteiligung :	Effektiv		34%

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

Tabelle 3 Die Mobilisierung von gelegentlichen Urnengängern nach Abstimmungsdaten

	Regelmässige Urnengänger 1984	Gelegentliche Urnengänger, die teilnahmen				
		26.2.84*	20.5.84*	23.9.84*	2.12.84*	10.3.85*
Männer	35	27	14	15	7	6
Frauen	27	17	8	6	7	0
20–39jährige	23	25	10	15	9	2
40–64jährige	35	22	15	10	9	4
65jährige und älter	42	13	8	1	0	0
Selbständige, leitende Angestellte und Beamte	39	27	12	4	6	7
Mittlere Angestellte und Beamte	35	22	18	8	12	9
Einfache Angestellte	23	25	11	15	4	0
Landwirte	30	24	13	6	22	16
Arbeiter	26	19	16	14	2	0
Deutsche Schweiz	33	25	10	13	9	4
Französische Schweiz	24	15	15	8	2	2
FDP-Sympathisanten	42	19	19	11	9	3
SVP-Sympathisanten	37	26	12	4	14	0
CVP-Sympathisanten	42	20	17	12	6	6
SPS-Sympathisanten	37	17	10	9	9	0
Keine Parteisympathien	22	23	11	9	3	4
Stimmberechtigte	31	22	11	11	7	3

\* Für die Themen vgl. Tabelle 4 sowie *Analysen der eidgenössischen Abstimmungen vom 26.2., 20.5., 23.9. und 2.12.84*, VOX Nr. 21–24, Zürich 1984–85.

#### LESEANLEITUNG:

*Männer* nehmen zu 35% (1. Spalte) regelmässig an eigenössischen Abstimmungen teil. Am 10. März 1985 beteiligten sich noch 6% (6. Spalte), die als gelegentliche Urnengänger angesehen werden müssen. Total ergibt dies eine männliche Partizipation von 41%. Am 26. Februar 1984 beispielsweise waren es nebst den 35% regelmässigen Urnengängern 27% (2. Spalte), die zusätzlich partizipierten. Die männliche Beteiligungsquote war damals also 62%.

gleichen sich bei hoher Beteiligung tendenziell aus. Dagegen wurden insbesondere bei den beiden letzten Urnengängen wenig zusätzliche Arbeiter und einfache Angestellte mobilisiert. Dadurch nahmen die Beteiligungsdifferenzen zwischen diesen beiden und den übrigen Sozialgruppen zu.

- Durch unsere Ergebnisse *nicht mehr bestätigt* wird die verbreitete Vorstellung, wonach eine *tiefe Beteiligung die Rechte bevorzuge, eine hohe Partizipation jedoch der Linken mehr nütze*. Zwar stimmte es, dass die FDP- und CVP-Anhängerschaft grössere Anteile regelmässiger Urnengänger kennen (jeweils 42%) als die SPS-Sympathisanten (37%), doch sind auch ihre Quoten der gelegentlich Teilnehmenden gleich hoch oder höher als bei der Linken. Die Beteiligungsdifferenzen werden also vor allem niveaumässig verschoben. Die Bevorzugung der Rechten ist also nicht von der Beteiligungshöhe abhängig. Dagegen nimmt der *Anteil der Parteungebundenen mit steigender Beteiligung* zu.

Im aktuellen Fall – der Abstimmung vom 10. März – (Spalte 6) lässt sich praktisch *kein Ausgleich durch das Verhalten der gelegentlichen Urnengänger ableiten*, blieb doch dieser Verhaltenstypus fast vollständig zuhause (Teilnahmesteigerung von 31% regelmässigen Urnengängern auf 34% aktuellen Urnengängern). Weiter kann die *geringe zusätzliche Teilnahme kaum einer speziellen Sozialgruppe zugeordnet werden!*

Tabelle 4 Anteil der wahrgenommenen hohen Betroffenheit durch die Abstimmungsgegenstände unter den Stimmberechtigten 1984/85

<i>Abstimmungsgegenstand</i>	Hohe wahrgenommene Betroffenheit (N = Stimmberechtigte)	Stimmbeteiligung
1. Zivildienst-Initiative II (I-84)	29 %	53 %
2. Autobahnvignette (I-84)	27 %	53 %
3. Atom-Initiative II (III-84)	26 %	42 %
4. Energie-Initiative (III-84)	24 %	42 %
5. Schwerverkehrsabgabe (I-84)	22 %	53 %
6. Hilfe an Opfer von Gewaltverbrechen (IV-84)	20 %	38 %
7. Mutterschafts-Initiative (IV-84)	17 %	38 %
8. <b>Ferien-Initiative</b> (I-85)	<b>15 %</b>	<b>34 %</b>
9. Banken-Initiative (II-84)	14 %	42 %
10. Ausverkauf der Heimat (II-84)	12 %	42 %
11. <b>Bundesbeiträge an das Stipendienwesen</b> (I-85)	<b>9 %</b>	<b>34 %</b>
12. <b>Bundesbeiträge an das Gesundheitswesen</b> (I-85)	<b>7 %</b>	<b>34 %</b>
13. <b>Bundesbeiträge an die Primarschulen</b> (I-85)	<b>5 %</b>	<b>34 %</b>

Nachdem die Zusammensetzung der Urnengänger dargestellt wurde, fragt sich noch, warum die vier angestandenen Themen für die Stimmberechtigten kaum ein Grund zum Gang zur Urne waren. Die *wahrgenommene Betroffenheit* hilft hier einen ersten Schritt weiter: Die nachstehende Zusammenstellung der analysierten Abstimmung während der laufenden Legislaturperiode legt nahe, dass diese *bei allen Vorlagen gering bis sehr gering* waren. So fühlten sich nur 15% der Stimmberechtigten von der Ferien-Initiative «stark betroffen». Bei den drei Teilvorlagen zur Aufgabenneuverteilung bewegen sich die entsprechenden Werte gar zwischen 5 und 9%.

Damit befinden sich *alle Abstimmungsgegenstände vom 10. März 1985 in der zweiten Hälfte oder am Ende der in Betracht gezogenen Themen*. Der Vergleich mit der Stimmbeteiligung belegt die Nützlichkeit der subjektiven Betroffenheit im Hinblick auf eine Erklärung der Mobilisierung. Der Zusammenhang erscheint allerdings nicht zwingend. Damit werden wir auf weitere Faktoren hingewiesen wie auf den (in einer Nachanalyse nicht mehr überprüfbar) erwarteten Ausgang einer Abstimmung oder auf den Grad der Meinungsbildung; beides wiederum dürfte vom Abstimmungskampf, das heisst von der Art und Intensität der Propaganda abhängig sein\*. Im vorliegenden Fall war diese für eine breite Mobilisierung nicht geeignet.

## *2) Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen*

Im schweizerischen Bundesstaat gilt, dass der Bund nur Aufgaben übernehmen soll, wenn die Kantone diese aus eigener Kraft nicht erfüllen können. Diesem theoretischen Grundsatz wurde in der Praxis nicht immer nachgelebt. Mit der *Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen* sollte deshalb eine Korrektur eingeleitet werden. Für drei Massnahmenbereiche – die Volksschule, das Gesundheits- und das Ausbildungswesen – waren Verfassungsänderungen nötig, sodass die Stimmberechtigten aufgeteilt in drei Teilvorlagen erstmals über das staatspolitische Reformwerk zu befinden hatten.

Vom Abstimmungsergebnis zeigten sich die beteiligten Behörden mehrheitlich überrascht und enttäuscht zugleich. Einmal waren die Ja-Anteile bei den beiden ersten, von den Parteien praktisch unbestrittenen Teilaspekten der Aufgabenneuverteilung erstaunlich tief; 59 respektive 53% der Teilnehmenden folgten beim Primarschulbereich beziehungsweise beim Gesundheitswesen der Haltung der Behörden. Enttäuschung herrschte im Bundeshaus, weil die von links bekämpfte «Stipendien»-Vorlage mit 57% Nein-Stimmen in der

\* vgl. dazu: E. Gruner, H.P. Hertig: *Der Stimmbürger und die 'neue' Politik*, Bern 1983, S. 161ff.

Volksabstimmung durchfiel. Im langfristig angelegten Reformwerk war nach den ersten Abstrichen während der Parlamentsverhandlungen eine spürbare Lücke entstanden. Die ersten Pressekommentatoren hoben aufgrund der kantonalen Ergebnisse hervor, dass es die eher föderalistisch angesehenen westschweizerischen Kantone waren, welche alle drei Teilvorhaben ablehnten. Wie nun lässt sich dieses Verhalten, aber auch der gesamte Ausgang der Abstimmung zum ersten Paket der Aufgabenneuverteilung aufgrund unserer Repräsentativ-Befragung deuten?

## 2.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Von unseren Interviewten verweigerten 6% derjenigen, die sich am Urnengang beteiligten, eine Angabe zum Stimmverhalten bei der Aufgabenneuverteilung. Jeweils 3% sagten, leer eingelegt zu haben oder verweigerten die Antwort. Lässt man in Analogie zum effektiven Abstimmungsverhältnis diese beiden Kategorien weg, ergeben sich für die Analyse der *Konfliktlinien* Ja/Nein-Verhältnisse, die im Schnitt bis auf drei Prozent an das richtige Resultat herankommen. Dies liegt bei der gewählten Befragtenzahl innerhalb der statistisch erwartbaren Genauigkeit.

Die *Tabelle 5* gibt die Verteilung innerhalb der überprüften, möglichen Konfliktlinien wieder: Vorerst kann gelten, dass sich das Stimmverhalten entlang der *Parteisympathien* unterscheidet. Allerdings sind die Abweichungen nicht bei allen Teilvorlagen gleich gross. Um einen Überblick zu gewinnen, lohnt es sich, die Urnengänger in drei Gruppen aufzuteilen:

- Allen drei Teilvorlagen stimmten nur die *Sympathisanten der bürgerlichen Parteien* (rund 40% der aktuell Teilnehmenden) zu; dabei bewegen sich die Ja-Anteile zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln der Anhänger. Die Sympathisanten der FDP, der SVP und der CVP hinterlassen als einen über das gesamte Paket reichenden ziemlich geschlossenen Eindruck. Von diesem rechts der Mitte dominanten Bild abweichend ist das Stimmverhalten innerhalb der äussersten Rechten: gemäss den Tendenzen in unserer Befragung lehnte diese quantitativ nicht bedeutsame Anhängerschaft die gesamte Aufgabenneuverteilung ab.
- Von Thema zu Thema differenziert präsentiert sich das Verhalten der *Sympathisanten der übrigen Parteien* (gut 20% der aktuell Teilnehmenden). Bei der Streichung der Subventionen an die Primarschule und an das Gesundheitswesen zeigen sich die Sozialdemokraten fast zu gleichen Teilen gespalten; mit 91% Nein-Stimmen verhielten sie sich in der Frage der Stipendienbeiträge ausgesprochen einheitlich. Gemäss den erhobenen Tendenzen können die Sympathisanten des LdU, der EVP und der Grünen recht ähnlich beschrieben werden; einzig bei den beiden ersten Teilvorlagen dürften ihre Anhänger mehrheitlich bei den Befürwortern gewesen sein. Opposition gegen alle Gegenstände manifestiert sich schliesslich innerhalb der äussersten Linken.
- Die dritte von uns unterschiedene, für das Abstimmungsresultat nicht unerhebliche Gruppe bilden die *parteiunabhängigen Urnengänger* (knapp 40% der aktuellen Teilnehmenden). Sie verwarfen die Vorlage über die Ausbildungsbeiträge, während die Zustimmung zu den beiden andern Gegenständen gerade die Hälfte dieser Gruppe erreicht.

Tabelle 5 Stimmverhalten bei den drei Vorlagen zur Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten Primarschulbeiträge		Stimmverhalten Gesundheitsbeiträge (N = antwortende Urnengänger)		Stimmverhalten Ausbildungsbeiträge	
		Ja-Anteil (in %)	Signifikanz des Merkmals	Ja-Anteil (in %)	Signifikanz des Merkmals	Ja-Anteil (in %)	Signifikanz des Merkmals
Geschlecht:	Männer	61	nein	57	nein	41	nein
	Frauen	56		58		41	
Alter:	20-39jährige	55	nein	57	nein	37	nein
	40-64jährige	58		57		44	
	65jährige und älter	64		59		40	
Beruf. Stellung: (Haushaltvorst.)	Selbständige, leit. Angest. u. Beamte	63	nein	62	nein	48	nein
	Angest. u. Beamte in mitrl. Stellung	69		63		47	
	Angest. in einf. Stellung	38		39		24	
	Landwirte	52		56		41	
	Arbeiter	58		58		41	
Ausbildung:	Primarschule	39	ja (0,1)	42	ja (0,1)	23	nein
	Sekundarschule u.ä.	49		54		44	
	Berufsschule u.ä.	58		56		42	
	Gymnasium, Universität u.ä.	71		59		45	
Eigentumsverhältnisse:	Hauseigentümer	66	nein	64	nein	46	nein
	Mieter / Pächter	54		50		36	
Landesteil:	Deutsche Schweiz	63	nein	64	ja (0,01)	43	ja (0,1)
	Französische Schweiz	38		33		29	
Siedlungsart:	Städtisches Milieu	62	nein	55	nein	36	nein
	Ländliches Milieu	55		61		46	

Parteien- sympathie:	FDP (inkl. LPS) SVP	65 60	nein	76 76	ja (0,1)	67 68	ja (0,001)
	CVP	72		70		56	
	SPS	56		43		9	
	(LDU / EVP)**	83		58		33	
	(GPS)	100		60		40	
	(POCH / PDA)	28		20		25	
	(NA / Vigil.)	20		40		20	
	Keine Parteisymphathien	51		48		33	
Gewerkschaft:	Mitglieder	—		—		34	nein
	Nicht-Mitglieder	—		—		43	
Politische Integration***:	Hoch	81	ja (0,001)	55	nein	59	ja (0,01)
	Mittel	52		52		36	
	Tief	41		37		23	
Total:	Erhoben	59		57		41	
	Effektiv	59		53		48	

- \* Wie in den VOX-Analysen üblich, wird die Bedeutung der ausgedehnten Merkmalsgruppen mittels Chi-Quadrat-Tests geprüft. Diese beziehen sich auf die Sicherheit, mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant ist eine Beziehung, wenn der Zusammenhang mit 90%iger Sicherheit (Signifikanz-Niveau unter 0,1) gilt.
- \*\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.
- \*\*\* Zur Definition der politischen Integration vgl. Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 13. März 1977, VOX Nr. 1, S. 4f.

Als erstes Ergebnis kann also festgehalten werden, dass die *Ablehnung des Bundesbeschlusses über die Beiträge an das Stipendienwesen als Nein der linken Sympathisanten und der parteiunabhängigen Urnengänger verstanden werden muss. Wenig ausgeprägt war die parteipolitische Polarisierung bei den beiden andern Teilvorlagen; zudem äusserten sich die ungebundenen Urnengänger weniger skeptisch als bei der Beitragsstreichung an das Stipendienwesen.*

Der hier dargelegte, je nach Abstimmungsgegenstand ungleich starke Rechts/Links-Gegensatz findet seine Entsprechung in der Analyse des Stimmverhaltens gemäss der *politischen Integration*. Zu diesem Zweck wird in den VOX-Analysen jeweils ein Index verwendet, der auf einer Kombination von mehreren Fragen beruht. Ist diese (wie bei den bürgerlichen Sympathisanten) insgesamt hoch, so steigt die Unterstützung der drei Vorlagen an. Bewegt sie sich (wie bei den Sozialdemokraten, den Anhängern der meisten kleineren Parteien und der Parteiungebundenen) auf einem mittleren oder tiefen Niveau, so nimmt die Verwerfung der Aufgabenneuverteilung signifikant zu.

Eine andere interessante Konfliktlinie verläuft entlang der Landesteile. Schon eine Übersicht über die kantonalen Ergebnisse (vgl. auch *Tabelle 1*) zeigt, dass die Aufgabenneuverteilung je nach Region unterschiedlich beurteilt wurde. Als besonders bedeutsam lässt sich die *Sprachzugehörigkeit* hervorheben. Die Gründe für das besondere Verhalten der deutschen und der welschen Schweiz werden jedoch erst in den nachfolgenden Abschnitten ersichtlich werden.

Als nicht sehr aufschlussreich erweisen sich die übrigen Variablen: Demografische (Geschlecht, Alter) und ökonomische (berufliche Stellung, Besitzverhältnisse) Indikatoren sind von einzelnen Merkmalsgruppen abgesehen nicht aussagekräftig. Verwiesen sei einzig noch auf die *Ausbildung*: Untere Bildungsschichten unterstützten die beiden Vorlagen, welche das Schulwesen betrafen, weniger als die Absolventen einer Berufsschule oder eines weiterführenden Ausbildungsweges.

## 2.2 Spontan genannte Entscheidungsmotive

Nachdem wir die Sprachzugehörigkeit und die Parteisympathisanten als aussagekräftigste Konfliktlinien bei der Aufgabenneuverteilung identifiziert haben, fragt sich, welches die hauptsächlichsten, individuell bedeutsamen *Entscheidungsmotive* waren. Dazu haben wir den Befragten eine offene Interview-Vorgabe vorgelesen; von Interesse waren die spontan geäusserten Antworten. Diese wurden zur Verbesserung der Übersicht in beiden Lagern zu grösseren Motivgruppen zusammengefasst.

Bei den *Befürwortern* dominierten demnach drei Begründungsweisen:

- staatspolitische Motive, welche im wesentlichen eine Stärkung des *Föderalismus* beinhalteten;
- finanzielle Motive, die beim *Sparwillen*, den finanziellen Entlastungen des Bundes oder bei einer höher eingestuften Effizienz der Kantone ansetzten sowie
- das *Vertrauen* in die Vorlagen respektive in die Empfehlungen der Behörden.

Je nach Gegenstand kannten diese Motivgruppen eine unterschiedliche Reichweite (vgl. *Tabelle 6*). Nannten bei den Primarschulen rund ein Viertel der Urnengänger primär den Föderalismus, so sank dieser Anteil bei der Stipendien-Vorlage auf 16% ab. Ähnliches zeigte sich auch bei den finanziellen Begründungen und beim motivmässig artikulierten Regierungstrauen; sie wurden bei den beiden ersten Vorlagen häufiger erwähnt. Zählt man die drei dargelegten Hauptmotive der Ja-Stimmenden zusammen, so ergeben sich beim Bundesbeschluss über die Primarschulbeiträge rund 54%, bei den Gesundheitsbeiträgen 51% und bei den Ausbildungsbeiträgen jedoch nur 37% befürwortende Urnengänger. Die Ergänzung zu den tatsächlichen (resp. erhobenen) Abstimmungsergebnissen ergibt sich durch das Beifügen der umfangmässig unbedeutsamen Befürworter, welche übrige, diffuse oder keine Begründungen für ihr Verhalten gaben.

Ähnlich lassen sich die *Gegner* gruppieren:

- Das am häufigsten genannte Motiv betraf die *Finanzen der Kantone* beziehungsweise die Auswirkungen der Beitragsstreichungen.
- In zweiter Linie wurde der Staatsaufbau erwähnt; diese Gegner betonten, die der Abstimmung unterbreiteten Bereiche sollten unabhängig von der Subventionshöhe weiterhin zu den *Aufgaben des Bundes* zählen.

Nimmt man die allgemeinen Antworten finanzieller Art und die mehr speziellen Begründungen zusammen, die den betroffenen Bereich für Sparbemühungen ungeeignet hielten, so können bei der *Stipendienvorlage* 42% der Urnengänger als *finanziell motivierte Gegner gezählt werden*. Bei den Vorlagen über das Gesundheitswesen und den Primarschulbereich erreichen die entsprechenden Motive 20% resp. 23% der Urnengänger. Die zweite für die Gegnerschaft charakteristische Motivgruppe, welche eine Beinhaltung der Aufgabenteilung wie bisher ansprach, war umfangmässig weniger bedeutsam. Rund jeder 9. Teilnehmende sprach sich bei allen drei Vorlagen in diesem Sinne aus. Addiert man auch hier die verbreitetsten Motivgruppen, ergibt sich unter den Stimmenden bei der Stipendienvorlage bereits eine Mehrheit, während die entsprechenden Anteile bei den beiden andern Vorlagen zur Aufgabenneuverteilung um einen Drittel sinken.

Wie sind diese Motivverteilungen zu beurteilen?

- Die «Väter» der Vorlage sahen in ihrem Reformwerk eine «*Wiedergeburt des Föderalismus*». Die Wirksamkeit dieses staatspolitischen Arguments als entscheiderelevantes Motiv für die Urnengänger ist offensichtlich *überschätzt worden*; übersehen wurde auch, dass es unter den Urnengängern einen *zentralistischen Gegenreflex* auslöste. In der Westschweiz etwa wurde diese Begründung bei den Ausbildungsbeiträgen häufiger genannt als das föderalistische Motiv (6% der Urnengänger primär föderalistisch; 12% primär zentralistisch); gleiches lässt sich von den linken Sympathisanten sagen (9% zu 13%). Bürgerliche Anhänger und Deutschschweizer insgesamt folgten dagegen in allen drei Fällen mehr den Begründungen der Befürworter.
- Bedeutsamer noch als die staatspolitische Ebene waren die erwarteten *finanziellen Auswirkungen*. Hier standen sich die Entlastung des Bundeshaushaltes und der regional- oder sozialpolitische Ausgleich durch Subventionen gegenüber. Bei den Parteunge-

Tabelle 6 Entscheidmotive bei den drei Vorlagen zur Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen

Motive nach Stimmmverhalten	Primarschulbeiträge N = Ja- resp. Nein- Stimmende	Gesundheitsbeiträge N = Ja- resp. Nein- Stimmende	Ausbildungsbeiträge N = Ja- resp. Nein- Stimmende
<i>Ja-Stimmende</i>			
(Angaben in %: Mehrfachnennungen möglich)			
● Generelle Motive zum Gegenstand («ist gut», «in Ordnung»)	8 (5)	8 (5)	4 (2)
● Motive zum Staatsaufbau («stärkt den Föderalismus», «ist eine Aufgabe der Kantone», etc.)	40 (23)	34 (19)	39 (16)
● Finanzielle Motive («Abbau von Subventionen», «Kantone machen es billiger», «beim Gegenstandsbereich sparen», etc.)	33 (19)	33 (19)	34 (14)
● Empfehlung der Behörden, Parteien	12 (7)	14 (8)	11 (5)
● Übrige und diffuse Motive	8 (5)	4 (2)	11 (5)
● Kein Motiv	4 (2)	9 (5)	10 (4)
<i>Nein-Stimmende</i>			
(Angaben in %: Mehrfachnennungen möglich)			
● Generelle Motive zum Gegenstand («ist überflüssig», «unnützlich», etc.)	2 (1)	4 (2)	2 (1)
● Motive zum Staatsaufbau («ist eine Bundesaufgabe», «bisherige Verteilung sinnvoll», etc.)	25 (11)	30 (12)	19 (11)
● Generelle finanzielle Motive («Kantone sind auf Subventionen angewiesen», «fördert Unterschiede zwischen arm und reich», etc.)	43 (18)	42 (17)	48 (29)
● Finanzielle Motive, die den Gegenstandsbereich betreffen («falscher Ort für Abbau», etc.)	14 (5)	8 (3)	22 (13)
● Übrige und diffuse Motive	14 (5)	13 (5)	14 (8)
● Kein Motiv	12 (5)	13 (5)	6 (4)

bundenen (11% zu 44%), den linken Anhängern (6% zu 54%) und den Westschweizern (8% zu 41) überwogen jeweils die ablehnenden Begründungen zur Streichung der Ausbildungsbeiträge sehr markant. Die Bedeutung des Symbolgehalts dieses Motivs zeigt sich jedoch auch, wenn die Nennhäufigkeit der Gründe gegen eine Beitragsstreichung in den Bereichen Primarschul- und Gesundheitswesen in bezug zu den sehr geringen Summen bei diesen beiden Vorlagen gesetzt wird.

Gemeinsam ist diesen Ergebnissen, dass «Föderalismus» nicht einfach ein undifferenziertes Denkmuster ist. Vorerst ist es wichtig, ob es sich um einen Abbau bisheriger Leistungen oder um die Verteidigung angestammter Rechte handelt. Sodann liess es sich als Grundlage nicht für das gesamte Paket gleich gut verwenden.

### 2.3 Gewichtung wichtiger Argumente der Abstimmungskomitees

In einem zweiten Schritt sind wir nicht mehr von den spontanen Begründungsweisen der Teilnehmenden ausgegangen, sondern haben wir die Unterstützungsbereitschaft der hauptsächlich vorgebrachten Argumente der befürwortenden und gegnerischen Komitees getestet. Dabei haben wir uns auf die im voraus einzige umstrittene Frage der Streichung von Ausbildungsbeiträgen beschränkt.

Die Polarität unter den Urnengängern (vgl. *Tabelle 7*) kommt auch hier bei den *finanziellen Aspekten* am besten zum Ausdruck. Die Gegner unterstützen unabhängig davon, ob es für sie in erster Linie entscheidend war, die Auffassung, finanzschwache Kantone seien auf die Bundessubventionen angewiesen; ansonsten würden sie zu Kürzungen und unsozialen Massnahmen bei den Ausbildungsbeiträgen greifen müssen (Vorgabe 3). Die Ja-Stimmenden ihrerseits können sich zu 79% dem Argument anschliessen, den Behörden könne man vertrauen, dass sie geeignete Massnahmen zur Beibehaltung der Stipendien einleiten würden (Vorgabe 4).

Grosse Mehrheiten in beiden Lagern stellen sich hinter die *Chancengleichheit* (Vorgabe 1) und die Notwendigkeit einer guten *Ausbildung als Rohstoff* (Vorgabe 2) der Schweiz. Die Gegner nahmen diese Anliegen zum Anlass, den Subventionsabbau zu bekämpfen. Für die Befürworter stand dagegen beides nicht auf dem Spiel; sie können den entsprechenden gegnerischen Sichtweisen ebenso stark zustimmen wie ihre Widersacher. In etwas verstärktem Masse befürworten sie jedoch eine verstärkte Selektion an den Hochschulen, um einem Überfluss an Absolventen zu wehren (Vorgabe 6); *Sparen* bei den Ausbildungsbeiträgen mochte für sie hiezu ein Beitrag sein. Allerdings verbleibt die Unterstützungsbereitschaft dieser Forderung in beiden Lagern in der Minderheit. Schliesslich lassen sich die Befürworter noch auf eine andere Art charakterisieren: Sie nahmen die Aufgabenteilung mehrheitlich als staatspolitisch bedeutsames *Gesamtpaket* wahr und zeigten sich deshalb weniger bereit, bei den Stipendien eine spezielle Regelung zu akzeptieren (Vorgabe 5).

Tabelle 7 Gewichtung wichtiger Argumente für und gegen die Aufgabenverteilung bei den Ausbildungsbeiträgen («Stipendien-Vorlage»)

Vorgabe		einver- standen (Ang.in %; Zeilenprozentuierung)	nicht einver- standen	keine Angabe (Zeilenprozentuierung)
<b>Kontra-Argumente</b>				
<i>1) Gesellschaftspolitischer Aspekt</i>				
«Eine gute Ausbildung darf kein Privileg sein. Jeder muss un-	I*	91	3	( 6)
abhängig von seiner Herkunft die gleichen Chancen haben, eine	II	93	2	( 5)
Ausbildung zu machen, die seinen Fähigkeiten entspricht.»	III	89	5	( 6)
<i>2) Wirtschaftspolitischer Aspekt</i>				
«Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Land. Wenn wir den An-	I	82	12	( 6)
schluss an die Forschung nicht verpassen wollen, können wir	II	84	10	( 6)
unser geistiges Potential nicht ungenutzt liegen lassen.»	III	81	11	( 8)
<i>3) Finanzieller Aspekt</i>				
«Der Abbau der Bundesbeiträge im Stipendienwesen trifft die	I	65	28	( 7)
finanzschwachen Kantone besonders. Sie werden nicht mehr in	II	83	10	( 7)
der Lage sein, ihre Leistungen aufrecht zu erhalten, und zu un-	III	39	56	( 5)
sozialen Massnahmen greifen zu müssen.»				
<b>Pro-Argumente</b>				
<i>4) Finanzieller Aspekt</i>				
«Die kantonalen Behörden haben versprochen, geeignete Mass-	I	49	38	(13)
nahmen zu ergreifen, um die Höhe ihrer Stipendien auch ohne	II	31	57	(12)
Bundesbeiträge beibehalten zu können. Man kann ihnen mit	III	79	13	( 8)
gutem Gewissen vertrauen.»				
<i>5) Staatspolitischer Aspekt</i>				
«Man kann nicht im Prinzip für die Aufgabenverteilung sein	I	50	32	(18)
und bei den Stipendien eine Sonderregelung verlangen. Wer 'A'	II	41	43	(16)
sagt, muss auch 'B' sagen.»	III	66	18	(16)
<i>6) Wirtschaftspolitischer Aspekt</i>				
«Bei den Stipendien kann man ruhig sparen. Lange meinte	I	38	54	( 8)
jeder, er müsse eine höhere Ausbildung machen. Jetzt haben	II	33	59	( 8)
wir viele Spezialisten, für die gar keine Arbeit vorhanden ist.»	III	45	47	( 8)

\*I = Stimmberechtigte

II = Gegnerische Urnengänger

III = Befürwortende Urnengänger

### 3) Ferien-Initiative

Mit der *Ferien-Initiative* stand eine generelle Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Freizeit zur Diskussion. Die Initianten aus den Reihen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei verlangten mit ihr, in der Verfassung allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen jährlich mindestens vier, bis zum 20. und ab dem 40. Altersjahr fünf Wochen Ferien zu garantieren. Bundesrat und Parlament hatten zum Volksbegehren einen materiellen «Gegenvorschlag» beschlossen, mit dem sie auf Gesetzesstufe die Forderung nach vier Wochen Ferien erfüllten, weitergehende Anliegen jedoch als problematisch ablehnten.

In der Volksabstimmung folgte eine *eindeutige Mehrheit* der Teilnehmenden der ablehnenden Haltung der Behörden: Die Initiative erhielt 34,7 Ja-Stimmen und wurde auch von den Ständen eindeutig verworfen. Unter unsern Befragten gaben 37% respektive 59% an, mit «Ja» beziehungsweise mit «Nein» gestimmt zu haben; gemäss den gegebenen Antworten hatten 1% leer eingelegt, während die verbleibenden 3% eine Angabe zum Stimmverhalten verweigerten. Lässt man wiederum die beiden letzten Kategorien weg, kann mit einem erhobenen Stimmenverhältnis von 62 zu 38 gegen das Begehren gearbeitet werden. Damit kommt unsere Befragung dem effektiven Resultat recht nahe. Die folgenden Prozentwerte dürfen also Zuverlässigkeit für sich beanspruchen.

### 3.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Da es sich um eine Frage der Arbeitszeit handelte, konnte angenommen werden, dass der Entscheid mit dem Beschäftigungsgrad und der beruflichen Stellung zusammenhängt. Die Analyse möglicher *Konfliktlinien* (vgl. *Tabelle 8*) zeigt nun, dass dies nicht unbedingt der Fall war. Der Grad der *Erwerbstätigkeit* spielte nur eine untergeordnete Rolle. Selbständige und Landwirte standen dem Begehren von links am skeptischsten gegenüber. Sie verwarfen es im Verhältnis von 3 zu 1. Die Ablehnung unter Arbeitern und mittleren Angestellten befindet sich auf einem Niveau, das dem Gesamtdurchschnitt entspricht. Einfache Angestellte befürworteten als einzige Merkmalsgruppe bei der *beruflichen Stellung* die Ferien-Initiative.

Anhand welcher Merkmalsgruppen lässt sich das Stimmverhalten kontrastreicher beschreiben:

- Vorab sei auf die Bedeutung der *Altersklassen* verwiesen. Im Vergleich zum materiellen Gegenvorschlag der Behörden verlangte die Initiative eine Privilegierung der Werk-tätigen ab dem 40. Altersjahr. Hat sich diese Idee bezahlt gemacht? Die Gliederung nach Merkmalsgruppen legt eine negative Antwort nahe: Die 20- bis 39jährigen, welche sich von der Vorlage unmittelbar am wenigsten versprechen konnten, standen ihr am positivsten gegenüber (52% Ja)! Bei den 40- bis 64jährigen wurde in der Auswertung eine Unterteilung vorgenommen, da über Gesamtarbeitsverträge eine fünfte Ferien-woche teilweise ab dem 50. Altersjahr realisiert ist. In beiden Untergruppen überwogen die Gegner; die 50- bis 65jährigen verwarfen die Initiative mit 77% Nein-Stimmen am wichtigsten. Bei der durch die Initiative tendenziell am stärksten privilegierten Alters-klasse, den 40 bis 49jährigen, betrug die Verwerfung immerhin 56%.

Als erste Erklärung für dieses Verhalten können *divergierende Prioritäten bei der Arbeitszeitverkürzung* herangezogen werden. Längere Ferien werden mehr von der jüngeren Generation verlangt; ältere Werk-tätige dagegen neigen stärker dazu, eine Herabsetzung des Pensionsalters zu befürworten. Offen muss in dieser Untersuchung bleiben, ob es sich dabei um einen üblichen «Lebenslaufeffekt» handelt, wonach diese Denkweise für jede ältere Generation typisch ist oder ob mit den 20- bis 40jährigen eine auch qualitativ neue Generation heranwächst, welche Ferienverlängerungen grundsätzlich befürwortet. Jedenfalls

Tabelle 8 Stimmverhalten bei der Ferien-Initiative nach Merkmalsgruppen  
(Angaben in %)

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten Ferien-Initiative (N=antwortende Urnengänger)		Signifikanz des Merkmals i.bezug auf das Stimm- verhalten	
		Ja	Nein		
Geschlecht :	Männer	38	62	nein	
	Frauen	40	60		
Alter :	20-39jährige	52	48	ja	0,01
	40-49jährige	44	56		
	50-64jährige	23	77		
	65jährige und älter	28	72		
Berufl. Stellung : (Haushaltsvorstand)	Selbständige / leit. Angestellte und Beamte	26	74	ja	0,01
	Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung	40	60		
	Angestellte in einf. Stellung	62	38		
	Landwirte	24	76		
	Arbeiter	32	68		
Erwerbsgrad :	Voll Erwerbstätige	40	60	nein	
	Teilweise Erwerbstätige	45	55		
	Nicht Erwerbstätige	35	65		
Ausbildung :	Primarschule	40	60	nein	
	Sekundarschule u.ä.	42	58		
	Berufsschule u.ä.	32	68		
	Gymnasium / Universität u.ä.	51	49		
Besitzverhältnisse :	Hauseigentümer	22	78	ja	0,001
	Mieter / Pächter	51	49		
Landesteil :	Deutsche Schweiz	35	65	ja	0,05
	Französische Schweiz	56	44		
Siedlungsart :	Städtisches Milieu	44	56	nein	
	Ländliches Milieu	33	67		
Parteisympathie :	FDP (inkl. LPS)	22	78	ja	0,001
	SVP	14	86		
	CVP	22	78		
	SPS	76	24		
	(LDU/EVP)*	46	54		
	(GPS)	60	40		
	(POCH/PDA)	100	0		
	(NA/Vigil.)	0	100		
Keine Parteisympathien	40	60			
Gewerkschaft :	Mitglieder	58	42	ja	0,05
	Nicht-Mitglieder	36	64		
Pol. Integration:**	Hoch	27	73	nein	
	Mittel	43	57		
	Tief	39	61		
Total :	Erhoben	38	62		
	Effektiv	35	65		

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

\*\* Zur Definition der «Politischen Integration» vgl. Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 13. März 1977, VOX Nr. 1, S. 4f.

kann als erster *Grund für den Misserfolg* der Ferien-Initiative festgehalten werden, dass *es den Initianten nicht gelang, die divergierenden Interessen bei der Arbeitszeitverkürzung zu bündeln und die Befürworter einer neugestalteten Arbeitszeit den grundsätzlichen Gegnern solidarisch gegenüberzustellen.*

In der Folge sei jedoch noch auf zwei weitere beeinflussende Faktoren des Stimmverhaltens verwiesen :

- Das bis jetzt gezeichnete Bild wird vor allem durch das Verhalten der Deutschschweizer geprägt. Die Aufgliederung nach *Landesteilen* zeigt, dass französisch sprechende Urnengänger zur Ferien-Initiative positiver eingestellt waren. Das gleiche lässt sich vom Kanton Tessin, der in die Befragung nicht miteinbezogen war, sagen. Das Stimmverhalten war also nicht nur vom Alter, sondern auch von der kulturellen Zugehörigkeit beeinflusst. Diese kann dafür verantwortlich gemacht werden, dass Fragen der Arbeitszeit – wie generell sozialpolitische Forderungen – in der Westschweiz besser aufgenommen werden. Wenn der Stadt/Land-Gegensatz in unserer Aufstellung nicht signifikante Unterschiede liefert, so darf die Bedeutung dieses Merkmals dennoch nicht unterschätzt werden. Die in ländlichen und städtischen Regionen voneinander abweichenden Einschätzungen finden entlang der Sprachgrenze jeweils auf einem unterschiedlichen Niveau statt.
- Der Entscheid war schliesslich in einem hohen Masse von den *Parteisymphathien* abhängig ; drei von vier sozialdemokratischen Anhängern stimmten «Ja» ; rund vier von fünf Sympathisanten der bürgerlichen Parteien votierten jedoch gegen die von links lancierte Initiative. Auch die Verhältnisse bei den Anhängern der kleineren Parteien bestätigen den Rechts/Links-Gegensatz. Die bedeutsame Gruppe der Urnengänger, welche sich parteiungebunden gibt, lehnte die Ferien-Initiative relativ knapp ab. Interessant ist auch das Verhalten der *gewerkschaftlich organisierten Urnengänger* : sie standen nicht einhellig hinter dem Anliegen, die Ferienzeit über das gesetzlich neu geregelte Mass hinaus auszudehnen.

Als *Fazit* kann gelten, dass die *Stellung im Erwerbsleben nur bedingt als Erklärung für das Stimmverhalten herangezogen werden kann. Das Alter* (und damit die Prioritäten für eine bestimmte Art der Arbeitszeitverkürzung), *der Landesteil* (respektive die kulturell beeinflussten Einstellungen zu Arbeit und Freizeit) *sowie die Parteisymphathien sind für die Beschreibung und erste Erklärung des Verhaltens an der Urne entscheidender.*

### 3.2 Spontan genannte Entscheidungsmotive

Nachdem die beiden Lager anhand des Stimmverhaltens nach Merkmalsgruppen analysiert worden sind, sollen die Begründungen, welche Gegner und Befürworter für ihr Verhalten gaben, dargelegt werden. Zu diesem Zweck sind wir auch bei der Ferien-Initiative mit einer offenen Frage an die Interviewten herangetreten ; die genannten *Entscheidungsmotive* wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit zu grösseren Motivgruppen zusammengefasst (vgl. *Tabelle 10*).

Tabelle 9 Entscheidungsmotive bei der Ferien-Initiative

Motive nach Stimmberechtigten	Verbreitung unter Befürwortern resp. Gegnern (Mehrfachnennungen möglich)	Verbreitung unter Urnengängern (Erstnennung)
<b>Nein-Stimmende</b>		
● Generelle Motive zugunsten des Gegenvorschlages der Behörden		25%
- «Genügend Ferien durch Gegenvorschlag»	25%	
- Initiative «geht zu weit»; «verlangt zu viel» (im Vergleich zum Gegenvorschlag)	27%	
● Spezielle Motive gegen die Initiative		12%
- «Arbeitsplatzsuche ab dem 40. Altersjahr erschwert»	13%	
- Arbeitszeit «nur in Gesamtarbeitsverträgen regeln»; «gegen Sozialpartnerschaft gerichtet»	10%	
● Generelle Motive gegen eine Ferienverlängerung		22%
- «Kosten für Wirtschaft, Kleinbetriebe untragbar»	29%	
- «Erhöhte Teuerung, Inflation»	10%	
- «Erhöht Arbeitsrhythmus»; «mehr Stress»	6%	
● Übrige und diffuse Motive	4%	2%
● Keine Angabe	2%	1%
	126%	
<b>Ja-Stimmende</b>		
● Allgemeine Motive zur Initiative («Ist eine Selbstverständlichkeit»; «Vorschlag ist gut»)	46%	14%
● Generelle Motive zu einer Ferienverlängerung		12%
- «Baut Stress ab», «fördert Gesundheit»	20%	
- «Fördert Lebensqualität, Arbeitsmoral»	11%	
- «Bekämpft Arbeitslosigkeit»	9%	
● Spezielle Motive zur Initiative («Bevorzugt ältere Arbeitnehmer, Lehrlinge»)	15%	4%
● Politische Motive («Ist ein Recht der Arbeitnehmer»)	18%	5%
● Übrige und diffuse Motive	8%	2%
● Keine Angabe	2%	1%
	129%	100%

Für die Verwerfung (vgl. *Nein-Stimmende*) können drei Hauptmotive verantwortlich gemacht werden:

- Einmal lässt sich eine Gruppe (rund 25% der Urnengänger) ausmachen, welche den *Gegenvorschlag* der Behörden, der allen vier Wochen Ferien garantiert, als genügendes Entgegenkommen betrachtete.
- Recht ähnlich zu bewerten sind Motive, welche *spezielle Modalitäten der Initiative* in den Vordergrund stellten. Im wesentlichen wurden Nachteile für die privilegierten Altersklassen bei der Arbeitsplatzsuche genannt. Weiter wurde die Verankerung der

Arbeitszeit in der Verfassung als Angriff auf die Sozialpartnerschaft respektive auf die Tradition der Gesamtarbeitsverträge gesehen. Diese Motivgruppe war mit 12% der Urnengänger umfangmässig jedoch die unbedeutendste.

- Die dritte Gruppe von Gegnern lässt sich anhand *grundsätzlicher Motive* gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit beschreiben (total 22% der Urnengänger). Hier spielte das Stereotyp, die zu erwartenden Kosten seien «für die Wirtschaft untragbar», eine dominante Rolle. In zweiter Linie wurde befürchtet, Vorteile aus einer Arbeitszeitverkürzung würden mit der Teuerung oder mit einem gesteigerten Arbeitsrhythmus wieder auf die Arbeitnehmer zurückfallen.

Bereits bei der Analyse des Stimmverhaltens nach Merkmalsgruppen wurde sichtbar, dass die Bevorzugung der Generationen ab dem 40. Altersjahr nicht im erwarteten Masse zugkräftig war. Dies bestätigt sich auch bei der Durchsicht der Motive unter den *Ja-Stimmenden*. Nur eine kleine Minderheit der Befürworter favorisierte in erster Linie diese Begründung (4% der Urnengänger). Umfangmässig bedeutsamer sind die 12% Urnengänger, die ihr «Ja» zu mehr Ferien mit inhaltlichen Gründen deutlich machten: Genannt wurden der «Abbau von Stress» sowie die «Förderung der Lebensqualität» durch «neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung»; vereinzelt wurde die Ferienverlängerung auch als «Beitrag zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit» gesehen. Praktisch gleichviele Befürworter (14% der Urnengänger) stellten sich hinter die erhobene Forderung, ohne eine inhaltliche Begründung zu geben; sie argumentierten, ihr Entscheid sei «eine Selbstverständlichkeit» gewesen. 5% schliesslich zeigten eine bewusst politische Haltung; für sie sind Ferien das Recht der Werktätigen, das sich aus der gesteigerten Produktivität ableiten lässt.

Die Motivanalyse ergibt demnach, dass die Ferien-Initiative scheiterte, weil *der materielle Gegenvorschlag der Behörden eine namhafte Anhängerschaft unter den Urnengängern fand und sich die vorgeschlagene Privilegierung der Altersklassen ab dem 40. Altersjahr in der Bilanz nachteilig auswirkte*. Die Verbreitung genereller Motive zugunsten einer Arbeitszeitverkürzung vermochten gerade die quantitative Stärke der allgemeinen Begründungen gegen die Initiative aufzuwiegen.

### 3.3 Gewichtung wichtiger Argumente der Abstimmungskomitees

Die Meinungsbildung in beiden Lagern kann anhand einer Gewichtung der hauptsächlichsten, von den Abstimmungskomitees vertretenen Pro- und Kontra-Argumenten noch etwas differenziert werden (vgl. *Tabellen 10 und 11*). Der Vorteil dieses Verfahrens liegt darin, dass auch die Unterstützungsbereitschaft von parteilichen Begründungen im entgegengesetzten Lager getestet werden kann. Als Nachteil muss gelten, dass nicht direkt ersichtlich wird, ob die Unterstützungsbereitschaft auch entscheiderelevant war.

- Wie auch aus der Motiv-Analyse abgeleitet werden konnte, spielte die Tatsache, dass der Initiative ein materieller *Gegenvorschlag* gegenüberstand, eine wichtige Rolle. 90% der Gegner stimmten der Ansicht zu, damit sei der Inhalt des Volksbegehrens weitgehend überflüssig geworden. Die Befürworter wendeten sich zu drei Vierteln gegen diese Einschätzung (Vorgabe 1). Eine von uns vorgelegte, schärfere Kritik an der Taktik

Tabelle 10 Gewichtung wichtiger Argumente gegen die Ferien-Initiative

Vorgabe (Kontra-Argumente)		einver- standen (Ang.in %; Zeilenprozentuierung)	nicht einver- standen	keine Angabe
<i>1) Taktik der Initianten (I)</i>				
«Das Parlament hat die Zeichen der Zeit erkannt und im letzten I		60	31	( 9)
Jahr die Minstdauer der Ferien auf vier Wochen erhöht. Die II		90	7	( 3)
Initiative ist weitgehend <i>überflüssig</i> geworden.» III		24	73	( 3)
<i>2) Stellung der Arbeitnehmer, die älter als 40 sind</i>				
«Die fünfte Ferienwoche <i>nach dem vierzigsten Altersjahr</i> wird I		60	33	( 7)
den ältern Arbeitnehmern zum Verhängnis werden. Gerade sie II		82	13	( 5)
haben es aber heute schon <i>schwer</i> , eine <i>gute Stelle</i> zu finden.» III		35	60	( 5)
<i>3) Verankerung in der Verfassung</i>				
«Wenn die Feriendauer in der <i>Verfassung</i> verankert ist, wird es I		52	28	(20)
<i>schwieriger und aufwendiger</i> sein, die <i>Minimaldauer</i> zu ver- II		67	20	(13)
<i>längern.</i> » III		39	43	(18)
<i>4) Stellung der Kantone</i>				
«Die Initiative verlangt, dass die <i>Kantone</i> die Dauer der I		35	45	(20)
Ferien ihrer Beamten und Angestellten nicht mehr ihren eigenen II		44	44	(12)
Möglichkeiten anpassen dürfen. Damit werden die <i>Rechte</i> der III		19	66	(15)
Kantone <i>unzulässig eingeschränkt.</i> »				
<i>5) Taktik der Initianten (II)</i>				
«In den Gewerkschaften hat der <i>radikale Flügel</i> die Macht I		32	29	(39)
übernommen. Die <i>besonnenen Kräfte</i> hätten dem vernünftigen II		51	17	(32)
Vorschlag des Parlaments zugestimmt und die Initiative zu- III		12	57	(31)
rückgezogen.»				

I = Stimmberechtigte

II = Gegnerische Urnengänger

III = Befürwortende Urnengänger

der Initianten fand in beiden Lagern nur noch eine geringere Unterstützung: Dass es der radikale Flügel innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewesen sei, der aus kämpferischen Überlegungen heraus das Volksbegehren nicht zurückziehen wollte, glaubten nur 51% der Gegner; unter den Ja-Stimmenden fand diese Spitze gegen die Initianten praktisch überhaupt keinen Anhang (Vorgabe 2).

- War auch eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, die Forderungen der Initiative seien weitgehend erfüllt, so wehrten sich doch beide Lager nicht dagegen, dass über das Volksbegehren abgestimmt wurde. Wenn auch vor einem unterschiedlichen Hintergrund, so unterstützten doch jeweils drei Viertel der Befürworter und Gegner die Ansicht, dass das Volk in dieser Frage *zu entscheiden* habe. Bei diesen Anteilen ist jedoch zu beachten, dass sich der Stimmkörper fast ausschliesslich aus regelmässigen Urnengängern zusammensetzte.
- Die von uns überprüften strittigen Unterschiede zwischen der Initiative und dem materiellen Gegenvorschlag zeigen mit einer Ausnahme keine ausgeprägte Meinungsbildung. Was die *Stellung der Arbeitnehmer über 40 Jahre* betrifft, waren beide Lager mehrheitlich der Ansicht, eine fünfte Ferienwoche werde kein Grund für eine Kündigung sein; dagegen befürworteten die Ja-Stimmenden zu 82% (jedoch nur ein Drittel der Nein-Stimmenden) die Ansicht, ältere Arbeitnehmer würden es dadurch nicht leichter haben, eine gute neue Stelle zu finden.

Tabelle 11 Gewichtung wichtiger Argumente für die Ferien-Initiative

Vorgabe (Pro-Argumente)		einver- standen (Ang.in %; Zeilenprozentuierung)	nicht einver- standen	keine Angabe
<b>6) Taktik der Initianten</b>				
«Die Behörden haben den vernünftigen Vorschlag der Gewerkschaften nicht vollständig akzeptiert. Jetzt soll das Volk entscheiden.»	I*	69	15	(16)
	II	73	16	(11)
	III	79	9	(12)
<b>7) Stellung der Kantone</b>				
«Die Kantone können mit der Initiative weiterhin eigene Ferienregelungen treffen, wenn sie über das Minimum hinausgehen. Damit wird die Praxis weitergeführt, die sich in den letzten 20 Jahren bewährt hat.»	I	63	19	(18)
	II	57	25	(18)
	III	75	15	(10)
<b>8) Stellung der Arbeitnehmer, die älter als 40 sind</b>				
«Mit 40 Jahren bringt ein Arbeitnehmer die ideale Kombination von Leistung und Erfahrung mit sich. Ein Arbeitgeber wird trotz der fünften Ferienwoche auf seine Dienste nicht verzichten wollen.»	I	60	29	(11)
	II	54	36	(10)
	III	78	16	( 6)
<b>9) Verankerung in der Verfassung</b>				
«Wenn die Feriendauer in der Verfassung versteht, werden die Rechte der Arbeitnehmer besonders gut geschützt. Gesetze können immer wieder geändert werden.»	I	57	28	(15)
	II	56	37	( 7)
	III	72	16	(12)
<b>10) Sinn der Abstimmung</b>				
«Das Arbeitstempo nimmt dauernd zu, viele Arbeitnehmer klagen über Stress. Wenn der minimale Ferien-Anspruch verlängert wird, kann man sich besser erholen.»	I	51	42	( 7)
	II	26	70	( 4)
	III	86	11	( 3)

\*I = Stimmberechtigte

II = Gegnerische Urnengänger

III = Befürwortende Urnengänger

- Bei der Motivanalyse haben wir bereits gesehen, dass sich nur rund 5% der Urnengänger primär aufgrund der Frage, ob die Arbeitszeit in der Verfassung verankert werden solle, entschieden haben. Damit spielte diese Frage bei der Meinungsbildung nur eine untergeordnete Rolle. Beim Argumententest folgten dementsprechend beide Lager mehrheitlich der Auffassung, ein Verfassungsgrundsatz bedeute einen besondern Schutz der Arbeitnehmerrechte. Wenn auch nicht ausgeprägt, so nimmt doch die Einigkeit ab, wenn nach den Auswirkungen einer zukünftigen Arbeitszeitverkürzung gefragt wird. Wenig berührt waren die Urnengänger auch von der Frage, ob die Möglichkeiten, dass Kantone, mit einer eigenen Ferienverlängerung eine Vorreiterrolle wahrnehmen können, durch die den Gegenvorschlag nicht in unzulässiger Weise eingeschränkt worden war.

Wenn gerade bei den letzten beiden eher abstrakten Streitfragen kein konturenreiches Bild entsteht, bestätigt dies, dass es für eine Mehrheit der Urnengänger nur um einen Nebenschauplatz der Auseinandersetzung handelte. Für den Misserfolg der Ferien-Initiative entscheidender waren die Tatsache, dass ein materieller Gegenvorschlag realisiert worden war, sowie die grundsätzlichen Einstellungen zur Arbeitszeitverkürzung.

#### 4) Gewerkschaftsbewegung heute: Einige politische Orientierungen der Gewerkschaftsmitglieder

Zu den massgeblichen Initianten der Ferien-Initiative gehörte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Die von ihm erhobene gesellschaftspolitische Forderung kann durchaus zu den traditionsreichen Anliegen der «organisierten Arbeiterschaft» gezählt werden. Bei der Analyse des Stimmverhaltens wurde jedoch sichtbar, dass die Abstimmung über die Ferien-Initiative unter den Mitgliedern nicht unbestritten war. Abschliessend stellen wir uns deshalb die Frage, *wie sich die heutigen Gewerkschafter politisch orientieren.*

Zum gewählten Begriff der «*Mitgliedschaft*» müssen zwei Vorbemerkungen angebracht werden: Um die Zahl der Befragten und damit die Aussagegenauigkeit unserer Ergebnisse zu steigern, haben wir Mitglieder des *SGB und des CNG* (Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund) zusammengezählt. Es liegt ferner in der Natur einer Befragung zu einer eidgenössischen Abstimmung, dass nur *Stimmberechtigte* miteinbezogen sind. Damit widerspiegeln die nachstehenden Ergebnisse nur die Tendenzen innerhalb der Schweizer Mitglieder, die über zwanzig Jahre alt sind. Ausländische Gewerkschafter und Mitglieder, welche die politische Mündigkeit noch nicht erreicht haben, können nicht berücksichtigt werden.

Wie dies aufgrund der getroffenen Auswahl (SGB und CNG) zu erwarten war, dominieren unter den eingeschriebenen Gewerkschaftsmitgliedern *Sympathien zur SPS und zur CSP respektive CVP*. Allerdings – und dies war nicht unbedingt zu erwarten – sprechen diese «Stammparteien» unter den stimmberechtigten Gewerkschaftern nur noch rund die Hälfte gefühlsmässig an (dies darf mit dem Wahlverhalten jedoch nicht gleichgestellt werden). 30% stehen nach eigenen Angaben keiner Partei nahe. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung lässt sich eine deutliche Annäherung der politischen Orientierung der Gewerkschafter an den Durchschnitt der Stimmberechtigten feststellen. Bestätigt wird dieser Eindruck auch, wenn die Zahlen für die politische Integration, der Teilnahmedispositionen und das Regierungsvertrauen verglichen werden (vgl. *Tabelle 12*).

Konkret wollten wir noch wissen, wie sich die Gewerkschaftsmitglieder im gegenwärtigen Zeitpunkt zu dem vor einem Jahr lancierten neuen Volksbegehren zur Arbeitszeitverkürzung, der *40-Stunden-Woche*, stellen. Auf die Frage, welche die Prädisposition zur besagten Initiative ansprach, antworteten *54% der Gewerkschafter spontan mit «Ja»*; *34% lehnten das Begehren ab, während 12% sich nicht äussern wollten oder noch zu keinem Schluss gekommen sind.*

Damit erhält man den Eindruck, unter den Gewerkschaftern werde die neue Initiative gegenwärtig breiter unterstützt (rund 5:3) als die allerdings mit einem Gegenvorschlag entschärfte Ferien-Initiative (4:3). Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass einmal eine Prädisposition und im andern Fall das Stimmverhalten befragt wurde.

Lässt sich diese Tendenz nur für die Gewerkschaftsmitglieder feststellen, oder gilt sie auch für die Gesamtheit der Stimmberechtigten? Die *Tabelle 13* gibt die nötigen Antworten: *Unter den Stimmberechtigten befürworten gegenwärtig 43% eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden; 38% stellen sich spontan gegen das Begehren; 19% geben*

Tabelle 12 Politische Orientierung der stimmberechtigten Gewerkschaftsmitglieder (SGB und CNG)

Merkmal	Gruppen	Stimmbe-	Stimmbe-
		rechtigte Gewerkschafts- mitglieder	rechtigte Total
Parteisympathien :	SPS	30%	13%
	Übrige Linksparteien	5%	5%
	CSP / CVP	17%	13%
	Übrige Parteien	18%	28%
	Keine Parteisympathien	30%	41%
Regierungsvertrauen : (Index)	Hoch	38%	42%
	Mittel	18%	21%
	Tief	44%	37%
Teilnahmedisposition : (eidg. Abstimmungen)	Regelmässige Urnengänger	37%	31%
	Gelegentliche Urnengänger	63%	69%
Politische Integration : (Index)	Hoch	17%	16%
	Mittel	63%	61%
	Tief	20%	23%

sich *unschlüssig*. Aufgegliedert nach Merkmalsgruppen zeigen sich die folgenden potentiellen Konfliktlinien:

- *Altersmässig* finden wir bei der Ferien-Initiative einen Bruch zwischen den Generationen unter 40 Jahren, welche die 40-Stunden-Woche mehrheitlich befürworten, und den übrigen Altersklassen.
- Stärker noch als bei der Ferien-Initiative ist die neue Initiative eine Forderung der *neuen Mittelschichten*: Hier findet sie jeweils eine mehrheitliche Unterstützung, während Landwirte, Selbständige und die Arbeiterschaft ihr negativer gegenüber stehen.
- Beeinflusst wird die Prädisposition auch durch kulturelle Zugehörigkeit, welche sich unter anderem in der bewohnten *Region* (Sprachzugehörigkeit; Stadt/Land-Milieu) äussert.
- Aufschlussreich sind auch die Antworten unter den *Parteisympathisanten*. Die Anhänger der drei bürgerlichen Parteien lehnen es mit eindeutigen Mehrheiten ab; bei der SPS findet sich eine ebenso deutliche Befürwortung. Parteiungebundene schliesslich unterstützen das Begehren gegenwärtig zu 44%; rund ein Drittel dieser bei Volksabstimmungen bedeutsamen Gruppe stehen der 40-Stunden-Woche negativ gegenüber.

Lässt sich aus diesen Zahlen eine Prognose ableiten? Aufgrund dieser Datenlage mit Sicherheit noch nicht; dazu spielen die ungeprüfte Stabilität der Prädispositionen, der unbe-

kannte Grad der Mobilisierung und das Verhalten der noch Unschlüssigen eine zu grosse Rolle. Die Zahlen geben nur die gegenwärtige Unterstützungsbereitschaft der noch wenig politisierten neuen Initiative der Gewerkschaften wieder.

Tabelle 13 Gegenwärtige Prädisposition zur Initiative für eine 40-Stunden-Woche nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Prädisposition im März 1985			
		positiv	negativ	unent- schieden	keine Angabe
(Zeilenprozentuierung ; N = Stimmberechtigte)					
Alter :	20-39jährige	53	28	12	7
	40-64jährige	39	45	9	7
	65jährige und älter	31	47	12	10
Berufliche Stellung :	Arbeiter	39	46	10	5
	Einfache Angestellte	52	23	11	14
	Mittlere Angest./Beamte	56	29	9	6
	Leitende Angest./Beamte	34	51	10	5
	Landwirte	6	73	10	11
Landesteil :	Deutsche Schweiz	41	43	10	6
	Französische Schweiz	50	24	11	15
Siedlungsart :	Städtisches Milieu	52	30	11	7
	Ländliches Milieu	32	49	11	8
Parteisympathien :	FDP	30	54	9	7
	SVP	14	60	21	5
	CVP	33	55	9	3
	SPS	62	28	4	6
	Keine Sympathien	44	32	14	10
Gewerkschaft :	Mitglieder	54	34	5	7
	Nicht-Mitglieder	40	40	12	8
Total :	Stimmberechtigte	43	38	11	8

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 10. März 1985

### Zusammenfassung

Mit der Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen – aufgeteilt in drei Teilvorlagen – und der Ferien-Initiative standen am 10. März 1985 vier Gegenstände zur Debatte. Zwei erreichten die nötigen Mehrheiten; zwei fielen in der Volksabstimmung durch.

Unsere Nachanalyse ergab, dass die Befürworter der *Aufgabenneuverteilung* drei Hauptmotive artikulierten: Die Stärkung des Föderalismus, den Sparwillen und das Vertrauen in die Richtigkeit der Vorlage von Bundesrat und Parlament. Allerdings liessen sich die drei Gründe nur ungleich auf die drei Teilvorlagen übertragen. Dies hatte zur Folge, dass die Streichung der Subventionen an das Ausbildungswesen im Gegensatz zu den Beitragskürzungen an die Primarschule und das Gesundheitswesen keine Mehrheit unter den Urnengängern fand. Vor allem in der Westschweiz, aber auch unter den linken Sympathisanten und den parteiungebundenen Urnengängern dominierte die Befürchtung, die Subventionsstreichung bei den «Stipendien» würde zu unsozialen Auswirkungen und zu regionalen Ungleichheiten führen. Bei allen drei Teilvorlagen konnten die Gegner auf einen zentralistischen Gegenreflex zur propagierten «Renaissance des Föderalismus» zurückgreifen. Im Vergleich zu den finanziellen Motiven war dieser jedoch unbedeutender.

Die Abstimmung über die *Ferien-Initiative*, die aus den Reihen des SGB und der SPS hervorgegangen war, war für die Initianten ein Misserfolg. Einmal spielte unter den ablehnenden Urnengängern der materielle Gegenvorschlag der Behörden eine wichtige Rolle. Ferner votierten rund ein Fünftel der Teilnehmenden aus grundsätzlichen Überlegungen gegen eine Arbeitszeitreduktion. Die in der Initiative vorgesehene Privilegierung der Altersklassen ab dem 40. Altersjahr erwies sich als Nachteil: Sie mobilisierte bei den älteren Generationen Ängste, bei der Arbeitsplatzsuche stärker benachteiligt zu werden. Eine mehrheitliche Unterstützung fand die Vorlage bei den 20–39jährigen, den einfachen Angestellten, den Sympathisanten der Linken und in der Westschweiz.

Als weiterer wichtiger Grund für die Ablehnung der Ferien-Initiative kann genannt werden, dass es den Initianten nicht gelang, die divergierenden Interessen bei der Arbeitszeitverkürzung zu bündeln und die Befürworter einer neugestalteten Arbeitszeit den grundsätzlichen Gegnern gegenüberzustellen. Die mangelnde Solidarität unter den Urnengängern zeigte sich auch bei den Gewerkschaftern, welche die Ferien-Initiative nur zu 58% befürworteten. Eher positiver scheinen sie gegenwärtig der 40-Stunden-Woche gegenüberzustehen. Auch hier machen sich aber Unterschiede bezüglich der Generationen und des bewohnten Landesteils bemerkbar. Stärker als die Ferien-Initiative erscheint das neue Volksbegehren des SGB als eine Forderung der neuen Mittelschichten.

Neu in die Analyse einbezogen wurde die konsequente Unterscheidung von *regelmässigen und gelegentlichen Urnengängern*. Dies ergab, dass im aktuellen Fall nur etwa 3% über den 31% regelmässig Teilnehmenden partizipierten. Es kann gelten, dass eine hohe Beteiligung eher den jüngern Generationen nützt und der Anteil der Parteiungebundenen steigt. Dagegen verschieben sich die Beteiligungsunterschiede zwischen den linken und rechten Anhängern nur linear, das heisst sie gleichen sich auch bei höherer Beteiligung nicht aus.

## Analyse de la votation fédérale du 10 mars 1985

### *Récapitulation des résultats principaux*

Avec la nouvelle répartition des tâches entre la confédération et les cantons – séparée en trois projets partiels – et l'initiative sur les vacances, le souverain était couvié, le 10 mars 1985, à se prononcer sur quatre sujets différents; deux ont obtenu la majorité requise et deux se sont heurtés à l'opposition des électeurs.

Notre analyse, effectuée à l'issue du scrutin, a démontré que les arguments des partisans de la *nouvelle répartition des tâches* se sont articulés autour de trois motifs dominants: Le renforcement du fédéralisme, des préoccupations financières et la confiance dans le bien-fondé des propositions du Conseil fédéral et du parlement. Cependant, le poids de ces trois motifs s'est réparti de manière différente pour les trois objets concernés. Cette différenciation explique que la suppression des subventions dans la domaine de la formation, au contraire de la réduction des contributions fédérales à l'école primaire et à la santé, n'ait pas bénéficié de l'aval populaire. En suisse romande en particulier, mais également parmi les sympathisants de la gauche et les électeurs sans attache partisane, on craignait en effet que la suppression des subsides au bourse d'étude entraîne des conséquences anti-sociales comme des disparités interrégionales. Concernant l'ensemble des trois mesures proposés, les opposants ont dégagé un contre-reflet centralisateur au slogan de la «renaissance du fédéralisme». Cette attitude a toutefois pris moins d'importance comparée aux motifs d'ordre économique.

Le vote relatif à l'*initiative sur les vacances* fut un échec pour ses promoteurs, issus des rangs de l'USS et du PSS. A cet égard, le contre-projet des autorités a fortement influencé la décision du corps électoral. De plus près de 1/5 des participants s'est prononcé contre la réduction du temps de travail en raison de considérations fondamentales. Le privilège accordé aux classes d'âge de plus de 40 ans, telle que le présentait l'initiative, s'est révélé en définitive être un désavantage. Les personnes concernées ont redouté une plus forte discrimination sur le marché de l'emploi. En revanche, la plupart des personnes entre 20 et 39 ans, des sympathisants des formations politiques de la gauche, des participants romands et des employés subalternes a soutenu les mesures envisagées. Un autre facteur significatif pour le rejet de l'initiative peut être relevé: Les initiants ne sont pas parvenus à rassembler les intérêts divergents concernant la réduction du temps de travail. Ce manque de solidarité au sein de l'électorat est également reflétée par l'attitude des syndicats.

Ces derniers n'ont appuyé l'initiative sur les vacances qu'à 58%. Par contre, ils semblent réagir d'une manière plus positive à l'initiative en faveur des 40 heures bien que des différences entre générations et régions sont de nouveau observables. La nouvelle initiative de

l'USS paraît d'être plus fort que le prolongement des vacances un postulat de nouvelles couches moyennes.

Pour la première fois, notre analyse a tenu compte que *l'électorat* est partagé entre des participants réguliers et occasionnels. Dans le cas présent, cette nouvelle variable met en évidence que seul 3% en plus des 31% des citoyens qui se rendent régulièrement aux urnes ont pris part au scrutin. On peut faire valoir qu'une forte participation profite surtout aux jeunes générations comme à la progression du pourcentage des votants sans appartenance politique. Par contre, les différences de participation entre l'électorat de gauche et de droite ne se déplacent que linéairement. En d'autres termes, une participation plus élevée ne modifie guère le rapport gauche-droite.



**PP**  
**8001 Zürich**

**Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:**

Spenden von 2000 Franken und mehr:

*Firmen/Verbände:* SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500-1500 Franken:

*Firmen/Verbände:* Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

*Staatliche Stellen:* Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200-400 Franken:

*Firmen/Verbände:* Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

*Staatliche Stellen:* Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des  
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet